

Empfehlungen zur Bejagung der Tierart Wolf

Landrat Kai Seefried

Sehr geehrter Vorsitzender der Kreisjägerschaft im Landkreis Stade,
lieber Jens,

vielen Dank für die Nachricht vom 14. April 2026 mit der klaren Positionierung der Kreisjägerschaft im Landkreis Stade e.V. zum Umgang mit dem Wolf. Wie bereits auch kurz persönlich besprochen, ist meine Haltung und auch die Position des Landkreises Stade eindeutig und ja auch öffentlich bekannt. Mehrfach habe ich gefordert, dass wir eine Regulierung der Wolfsbestände und eine wirklich rechtssichere und umsetzbare Möglichkeit zur Entnahme von Wölfen haben müssen. Daher begrüße ich es auch ausdrücklich, dass der Deutsche Bundestag und auch der Bundesrat mit den Änderungen des Bundesjagdgesetzes den entsprechenden Rahmen geschaffen haben.

Die Forderung kann jetzt nur noch lauten, diesen geschaffenen Rahmen in Niedersachsen auch umfassend nutzen zu können, so wie es der Umweltminister zuletzt im Niedersächsischen Landtag auch zugesagt hat.

Wir wissen um die dazu derzeit stattfindende sehr intensive Debatte. Ich baue darauf, dass im Ergebnis klare und umsetzbare Regelungen entstehen. So wie ich dem derzeitigen Diskussionsstand entnehme, zeichnet sich durchaus ein positiver Prozess ab. Es darf jetzt aber aus meiner Sicht auch nicht mehr viel Zeit vergehen, da in der Bevölkerung und auch bei Betroffenen, die mit ihren Tieren bereits Opfer von Wolfsrissen geworden sind, eine klare Erwartungshaltung herrscht, dass das Bundesjagdrecht auch in Niedersachsen entsprechend angewendet und nicht aufgeweicht wird.

Als Landkreis werden wir die uns dann übertragene Verantwortung natürlich entsprechend wahrnehmen. Dabei weiß ich bereits heute, die Kreisjägerschaft als festen und verlässlichen Partner des Landkreises an unserer Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Kai Seefried

Landrat

Landtagsabgeordnete Birgit Butter

Sehr geehrter Herr Hariefeld,

vielen Dank für Ihre Ausführungen zur aktuellen Situation zur Bejagung des Wolfes. Auch wir sind enttäuscht und verärgert über das Gebaren der Landesregierung, insbesondere das Auseinanderfallen von Worten und Taten von Umweltminister Meyer und Landwirtschaftsministerin Staudte.

In der Tat schöpft die Landesregierung trotz gegenteiliger Aussage von Umweltminister Meyer im Plenum die Möglichkeiten des neuen Bundesgesetzes nicht aus.

Sie hat

- weder eine wolfsfreie Zone ausgewiesen (Deiche),
- noch den Radius für eine Problemwolfentnahme nach Rissereignis von 20 km auf 1 km (plus angrenzende Reviere) verkleinert,
- noch hat die Landesregierung die Wolfsuntergrenze so festgesetzt, dass nur 22 adulte Wölfe in der atlantischen und fünf adulte Wölfe in der kontinentalen Region (?) gejagt werden dürfen. Hierauf müssen dann noch die Verkehrsoffer angerechnet werden, so dass die Grenzen bereits dadurch schon erreicht sind
- noch nutzt die Landesregierung die reguläre Jagdzeit mit einer Quote für die Bejagung von Jungwölfen

Im Ergebnis macht die Landesregierung, in personae von Umwelminister Meyer und Landwirtschaftsministerin Staudte nichts gegen das bedenkliche Anwachsen der Wolfspopulation. Ich erwarte vom Ministerpräsidenten hier ein schnellstmögliches Gegensteuern.

Richtig - aktuell sind noch die Landkreise die "zuständigen Behörden" für die Managementpläne. Das Landwirtschaftsministerium will dies kurzfristig ändern. "Jungwölfe" sind im Gesetz nicht explizit genannt. Die Managementpläne sind nach § 22d Abs. 2 Satz 1 "darauf auszurichten .., die Vereinbarkeit der Jagd mit der Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustands zu gewährleisten." In dem Rahmen können die dann zuständigen Behörden handeln.

Ich hoffe sehr, dass eine vernünftig-denkende Landtagsmehrheit diesem Ansinnen schnell und wirksam entgegentritt.

Ich habe mit dem Präsidenten des Landkreistages, Landrat Marco Prietz, Kontakt aufgenommen, der bereits für das Thema sensibilisiert ist.

Herzliche Grüße

Birgit Butter MdL

.....

Birgit Butter MdL

Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Stv. Vorsitzende des Ausschusses für Inneres, Sport und Digitalisierung

Kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

Landtagsabgeordnete Melanie Reinecke

Sehr geehrter Herr Hariefeld,

vielen Dank für Ihre ausführliche Zuschrift sowie die klare Darstellung Ihrer Einschätzung zur aktuellen Entwicklung rund um die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz und die Umsetzung in Niedersachsen.

Ihre Kritik an der Vorgehensweise der Niedersächsischen Landesregierung kann ich in weiten Teilen gut nachvollziehen. Insbesondere die von Ihnen geschilderten Widersprüche zwischen den Aussagen im Plenum und dem tatsächlichen Verwaltungshandeln werfen aus unserer Sicht erhebliche Fragen hinsichtlich der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik auf.

Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist entscheidend, dass bundesrechtliche Regelungen nicht durch landespolitische Maßnahmen faktisch ausgehöhlt werden dürfen. Die Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz war ein wichtiger Schritt, um Rechtssicherheit zu schaffen und den Umgang mit problematischen Tieren praktikabler zu gestalten. Wenn nun durch Verwaltungsvorschriften oder landesrechtliche Anpassungen – wie die drastische Reduzierung des Entnahmeradius – diese Zielsetzung unterlaufen wird, widerspricht dies klar dem Geist der Bundesregelung.

Die von Ihnen angesprochene Reduzierung des Radius von 20 Kilometern auf einen Kilometer würde in der Tat zu einer nahezu vollständigen Entwertung der vorgesehenen Regelung führen. Eine solche Einschränkung ist aus unserer Sicht weder fachlich begründbar noch praktikabel und gefährdet die Akzeptanz bei den Jägern erheblich. Wir teilen Ihre Einschätzung, dass unter diesen Bedingungen die Bereitschaft zur Mitwirkung massiv sinken dürfte.

Auch die Frage der Informationswege und Zuständigkeiten sehen wir kritisch. Eine verzögerte oder eingeschränkte Information der Jagdtausübungsberechtigten erschwert eine effektive Reaktion erheblich. Hier erwarten wir von der Landesregierung klare, transparente und praxistaugliche Verfahren, die die Expertise vor Ort einbeziehen und nicht behindern. Die Überlegungen, den Landkreisen die Zuständigkeit zu entziehen und diese zentral bei der obersten Jagdbehörde zu bündeln, bewerten wir ebenfalls mit großer Skepsis. Eine weitere Zentralisierung steht im Widerspruch zu dem Grundsatz, Entscheidungen möglichst nah an den regionalen Gegebenheiten zu treffen. Die Landkreise verfügen über die notwendige Ortskenntnis und Erfahrung – diese Kompetenz sollte nicht geschwächt werden. Als CDU-Landtagsfraktion werden wir dieses Thema weiterhin kritisch begleiten und die Landesregierung mit Nachdruck dazu auffordern, die bundesrechtlichen Vorgaben sachgerecht und ohne ideologische Verzerrung umzusetzen. Dabei setzen wir uns insbesondere für praxistaugliche Lösungen ein, die sowohl den Schutz der Weidetierhalter als auch eine verantwortungsvolle Regulierung des Wolfsbestandes gewährleisten.

Anbei finden Sie unseren aktuellen Antrag zum Thema für das Plenum in der kommenden Woche.

Für Ihr Engagement und Ihre klaren Worte danke ich Ihnen ausdrücklich. Der Austausch mit der Praxis ist für unsere parlamentarische Arbeit von großer Bedeutung. Gerne bleiben wir hierzu im Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Melanie Reinecke MdL

Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Wahlkreisbüro Stade

Melanie Reinecke MdL

Poststraße 34

21682 Stade

04141 – 518686

www.melaniereinecke.de